



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der **SPD**, Landesverband Berlin

Offener Brief des AfA Landesvorstandes Berlin an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

anlässlich der Entscheidungen für die Teilprivatisierung der Bahn wenden wir uns in großer Sorge an Euch.

Ende Mai liegt Euch im Bundestag ein Entschließungsantrag zur Abstimmung über die Teilprivatisierung der Bahn vor. Wir rufen Euch auf, entspricht dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung, der SPD-Mitglieder und Gewerkschaften, sowie der Kollegen von Transnet:

Sagt in der Bundestagsabstimmung: Nein zur Privatisierung der Bahn!

Kurt Beck selbst hat auf der AfA – Bundeskonferenz deutlich gemacht, dass er nur mit Bauchschmerzen dieser Entscheidung zustimmen könne und nur, weil die Zwänge der Großen Koalition nichts anderes zuließen.

Ist es nicht notwendig klar zu stellen, dass die SPD, wie die Mehrheit der Bevölkerung, für den Erhalt der staatlichen Bahn steht? Die Teilprivatisierung der Bahn heißt, mit einer „Grundposition der deutschen Sozialdemokratie zu brechen“ so der Berliner Landesvorsitzende Michael Müller.

Die jetzige Form der Teilprivatisierung der Bahn bedeutet die Zerschlagung des einheitlichen Betriebs, was von der SPD immer abgelehnt worden war.

Die Pläne, nach denen der Bereich der Infrastruktur, der komplett in staatlicher Hand bleiben soll, in 30 Tochtergesellschaften zergliedert werden soll, bedeuten, dass die Zersplitterung des Betriebes in bisher unbekannten Ausmaßen betrieben wird, mit den vorhersehbaren verheerenden Konsequenzen der Ausweitung des Lohndumpings, weiteren Schließungen von Bahnhöfen usw.

Der vermeintlich lukrative Fernverkehr wird ca. 80% der Investitionsmittel schlucken. Wegen seiner Kostenintensivität wird er die Renditeerwartungen der zukünftigen Investoren nicht erfüllen können.

Auch der „gewinnträchtige“ Güterverkehr ist schon durch die Liberalisierung so unter Druck gekommen, dass die erhoffte Gewinnmarge nicht zu erreichen sein wird.

So bleibt nur der Nahverkehr, der als die entscheidende Gewinnquelle dem Zugriff der Finanzinvestoren ausgeliefert werden wird. Aber genau das sollte selbst nach dem verabschiedeten Kompromiss ausgeschlossen werden.

Liebe Genossen und Genossinnen,

die Auslieferung der Bahn, des letzten großen Staatsbetriebs der Öffentlichen Daseinsvorsorge, an die Finanzinvestoren, wie es die zur Öffnung der gesamten Öffentlichen Daseinsvorsorge für den Wettbewerb drängende EU gebietet, widerspricht der Entscheidung und dem Willen des Hamburger SPD-Parteitag. Nur die Bahn als Teil des großen öffentlichen Dienstes in voller staatlicher Verantwortung kann den vom Grundgesetz gebotenen Infrastruktur-Auftrag erfüllen und das Recht aller Bürger und Bürgerinnen auf Mobilität sichern.

Wir möchten Euch darauf aufmerksam machen, dass die Zustimmung der SPD zu einer Teilprivatisierung nicht nur für unser Land katastrophale Folgen hätte, sondern dass das die SPD noch weiter in den Niedergang treiben wird, nachdem sich große Hoffnungen bei den Mitgliedern und in der Bevölkerung mit der unter Kurt Beck begonnenen Neuorientierung verbunden hatten. Endlich sollte ein Weg zurück zu wirklicher sozialdemokratischer Politik eingeschlagen werden, der es erlauben würde, in der Bevölkerung, bei den WählerInnen Glaubwürdigkeit für die SPD und Wählermehrheiten in den kommenden Wahlen zurück zu gewinnen.

Die Bahn ist öffentliches Eigentum, sie gehört dem Volk!

Keine demokratische öffentliche Vertretung hat das Recht, das Eigentum des Volkes an der Börse zu verramschen!

Dies allein können die Grundlagen sozialdemokratischer Bahnpolitik sein!

Beschlossen am 17.5.2008